

Kommunalpolitischen Forum mit Linken-Politikern in Ranis: Ohne Vorschaltgesetz geht es auch

Etwa zwanzig Interessierte diskutieren beim Kommunalpolitischen Forum mit Linken-Politikern über Gebietsreform 14. Juni 2017 / 03:00 Uhr

Die Notwendigkeit der Gebietsreform einmal von der Linken erklärt bekommen, dazu bot sich am Montagabend beim Kommunalpolitischen Forum in Ranis die Möglichkeit. Etwa zwanzig Interessierte machten von dem Angebot Gebrauch, mit den Linken-Landtagsabgeordneten Frank Kuschel und Ralf Kalich zu diskutieren. Auch der Raniser Bürgermeister Andreas Gliesing hatte auf dem Podium Platz genommen. Die Moderation des Abends übernahm Philipp Gliesing, stellvertretender Vorsitzender der Linken im Saale-Orla-Kreis.

In seiner Einführung nannte er zunächst noch einmal die wichtigsten Gründe für die Gebietsreform aus Sicht der rot-rot-grünen Landesregierung: den demografischen Wandel, der den ländlichen Raum in den kommenden Jahren schwächen wird sowie notwendige finanzielle Einsparungen in Zeiten des auslaufenden Solidarpakts und einer neuen EU-Förderperiode ab 2020, in der Deutschland voraussichtlich deutlich weniger bedacht werde. Nur starke Zentren sicherten die Zukunft.

Wie es denn nun weitergehe, nachdem das Vorschaltgesetz als rechtswidrig erklärt worden ist, kam zunächst als Frage auf. Frank Kuschel erläuterte, dass man erst einmal die schriftliche Urteilsbegründung des Thüringer Verfassungsgerichtes abwarten werde. „Das gebietet der Respekt“, sagte er. Grundsätzlich ändere sich aber am vorgesehenen Zeitplan vorerst nichts. Es gebe ein Zeitfenster von zwei Monaten, um gesetzgeberisch zu korrigieren, was im Vorschaltgesetz geregelt war. Nur, wenn das nicht gelinge, würde sich der Zeitplan verschieben. Für einiges, was im Vorschaltgesetz bereits vorgesehen gewesen war, müsse man nun neue gesetzliche Regelungen finden.

So muss die Freiwilligkeitsphase neu definiert werden und die Rechtsgrundlage für die 155 Millionen Euro Finanzhilfe muss mit dem Haushalt 2018 geschaffen werden. Auch müssen ohne Vorschaltgesetz die Verwaltungsgemeinschaften dem Austritt einer Gemeinde zustimmen, wie auch der Landkreis ein Vetorecht hat, was kreisübergreifende Fusionsmaßnahmen angeht. Grundsätzlich seien aber alle auf dem richtigen Weg, die an freiwilligen Zusammenschlüssen festhielten, so Frank Kuschel. Beim Thema Kreisneugliederung versuchten die Referenten die Angst vor langen Fahrtwegen zu nehmen. „Sie können künftig alles in ihrer Kommune erledigen“, verdeutlichte Ralf Kalich. So solle es Servicebüros vor Ort geben, im Landratsamt hingegen keinerlei Publikumsverkehr mehr herrschen. Auf Anfrage vom Pößnecker Stadtrat Wolfgang Kleindienst hin wurde es schließlich auch noch etwas konkreter, was eine mögliche Fusion von Pößneck und Ranis betrifft. Die sinnvollste Variante sei es für Ranis, sich mit der größeren Nachbarstadt zusammenzuschließen. Andreas Gliesing beklagte in dieser Hinsicht aber, dass es zwar Gespräche mit Michael Modde gegeben hätte, dieser sich aber nicht als Befürworter der Gebietsreform gezeigt habe. Die Pößnecker Stadträtin Constanze Truschzinski (SIP) bestätigte, dass der Bürgermeister sich mit dem Thema eher schwer tue. Dabei sei es für die nachhaltige Entwicklung, beispielsweise was Bauplätze oder auch die Kultur angehe, für beide Kommunen von Vorteil, sich zusammenzuschließen, fuhr Andreas Gliesing fort. Dass die Eingliederung den Ranisern die

Identität nimmt, davor hat er keine Angst. „Eine Gemeinde verschwindet doch nicht einfach. Das Leben im Ort gestalten die Raniser. Es wird weiterhin den Ritterfaschingsverein geben und auch das Marktzentrum“, brachte er seine Ansicht mit Beispielen klar zum Ausdruck.

Caroline Reul über einen erfrischenden Gedankenaustausch

Zur Gebietsreform ist alles schon mindestens einmal gesagt. Es gibt Befürworter, es gibt Gegner und es gibt die, die nicht gänzlich gegen neue Strukturen sind, sich aber eine andere Herangehensweise wünschen.

Bei all den Phrasen, die häufig nur noch von der Spitze der Landesregierung zu hören sind, war das Kommunalpolitische Forum in Ranis dennoch erfrischend. Denn, wie angekündigt, waren es kompetente Gesprächspartner, die dort auf dem Podium Platz genommen hatten. So dauerte der Abend dann auch deutlich länger als die ursprünglich geplanten eineinhalb Stunden. Sicher änderte die Diskussion an der Einstellung weder der einen noch der anderen Seite etwas, wie auch Pöbnecks Stadtrat Wolfgang Kleindienst, der mit dem ZDF und einer ganzen Reihe Fragen unter anderem zur Zukunft des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Saale-Orla gekommen war, nicht überzeugt war. Aber ein ernsthafter und sachlicher Gedankenaustausch bringt in diesen Tagen schon viel. Gerade für Kommunen, die ihre Zukunft planen müssen, ist es nicht verkehrt, zu den Risiken die zumindest angedachten Möglichkeiten aufgezeigt zu bekommen, sollte es keinen Ausweg mehr aus der Gebietsreform geben.

14. Juni 2017 / 02:55 Uhr

300 Demo-Teilnehmer machen in Schleiz Front gegen die Gebietsreform

Gut 300 Teilnehmer an einer Demonstration vor dem Schleizer Landratsamt werden am Montagabend gezählt 14. Juni 2017 / 03:10 Uhr

Es war schon die zweite Veranstaltung dieser Art, die am Montagabend vor dem Schleizer Landratsamt stattfand. An der Botschaft in Richtung der Landesregierung „Gebietsreform – nein danke!“ gab es aber keinerlei Abstriche. Nach Veranstalterangaben kamen gut 300 Teilnehmer.

Schleiz. „Ich habe immer gesagt, dieses Banner, das hier oben über dem Eingang zum Landratsamt hängt, das nehme ich persönlich ab. Aber erst dann, wenn wirklich der Erfolg am Ende steht. Und wenn er halt nicht steht, bleibt das ewig hier hängen. Das ist jedenfalls für mich eine Verpflichtung“, mit diesen Gedanken schloss Landrat Thomas Fügmann (CDU) am Montagabend eine Protestdemonstration gegen die Pläne der Landesregierung zur Gebietsreform, zu der nach Veranstalterangaben gut 300 Teilnehmer zum Sitz der Kreisverwaltung gekommen waren.

Eingeladen hatte der Verein Selbstverwaltung für Thüringen, der damit als Initiator des Volksbegehrens und des Thüringer Bürgeraufrufes gegen die Gebietsreform zu einer Aktion auch gegen einen zukünftigen Großkreis „Saaletal“ aufrief. Bernd Klimesch, dort verantwortlich für den Saale-Orla-Kreis, erinnerte an die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren, „die von unserer Landesregierung großzügig geblockt worden ist.“ Man habe aber entschieden, trotzdem weiter Unterschriften gegen die Gebietsreform zu sammeln. Die Aktion startete am 20. März in ganz

Thüringen und soll noch bis zum 20. Juli andauern. „Wir haben bis zum heutigen Datum zirka 110 000 Unterschriften gesammelt. Und wir wissen nicht, wie viele Listen noch zu uns unterwegs sind. Das heißt, es werden sicher noch einige tausend Unterschriften dazu kommen“, stellte Klimesch fest, der vorgestern ebenfalls Listen dabei hatte und nach der Veranstaltung Unterschriften von Bürgern entgegen nahm. Es wurden auch bereits vollständige Unterschriftenlisten an ihn beziehungsweise an Sabine Kraft-Zörcher – sie ist die stellvertretende Vorsitzende des Vereins Selbstverwaltung Thüringen – übergeben.

Zu Beginn der Redebeiträge hielt Landrat Thomas Fügmann (CDU) seine Zuhörer zunächst einmal dazu an auszuprobieren, ob denn die im Vorfeld ausgeteilten Trillerpfeifen auch alle funktionieren. Und deshalb wurde gleich ein lautstarkes Bekenntnis der Schleizer gegen die Reformplanungen in Richtung Erfurt auf den Weg gebracht.

In der Folge nutzte Fügmann umfangreiches Zahlenmaterial, um den Zuhörern die Konsequenzen einer Gebietsreform möglichst anschaulich rüberzubringen. Er sagte zum Beispiel: „Wir haben derzeit im Landkreis 72 eigenständige Gemeinden. Ich darf daran erinnern, als der Saale-Orla-Kreis 1994 durch Landrat Peter Stephan gegründet wurde, waren wir weit über 100 Gemeinden. Das heißt also, freiwillig sind schon viele Gemeinden zusammengegangen. Wenn aber diese Gebietsreform so kommt, wie sie Rot-Rot-Grün plant, wird sich der Saale-Orla-Kreis reduzieren auf sechs Städte.“

Würde im Klartext laut Fügmann weiter heißen: „Sämtliche Dörfer werden abgeschafft. Sie werden zu Stadtteilen, es gibt sie nicht mehr.“ Dies würde nun aber in keinster Weise der ländlichen Struktur der Region entsprechen. Man würde, das betonte der Landrat, in Größenordnungen auch ehrenamtlich tätige Menschen in den Ruhestand schicken, damit letzten Endes so eine zentrale Struktur greift. „Warum schafft man aber eine Struktur ab, die erfolgreich ist?“, fragte der Landrat weiter mit Blick auch auf die Verwaltungsgemeinschaften zwischen Saale und Orla.

Das so genannte „Saale-Monster“ hätte eine Ausdehnung von Hirschberg bis Königshofen nahe Sachsen-Anhalt und von Mittelpölnitz bis nach Königsee. Es wäre ein Kreis größer als das Saarland, das ja bekanntlich aus sechs Landkreisen besteht. „Was soll das...“, fragte nicht nur Thomas Fügmann.

Als Bürgerin von Grobengereuth mit 203 Einwohnern war auch Carmen Röhler nach Schleiz gekommen, die hauptberuflich Mitarbeiterin der VG Oppurg ist. „Ich muss sagen, mit dieser irrsinnigen Gebietsreform habe ich Angst um meine kleine Mini-Gemeinde. Wir haben zwei Vereine, wir haben zwei kleine Räume in jedem Ortsteil – wo sich auch unsere älteren Bürger mal treffen können. Zum Maibaumaufstellen oder wenn das Lichterfest für die Kinder veranstaltet wird. Das geht dann alles flöten“, sagte sie, als die freie Rednerliste eröffnet war. Seit der Wende ist Grobengereuth schuldenfrei. Was wird daraus, wenn man Ortsteil zum Beispiel von Pößneck wird?

Alex Neumüller ist Gemeinderat in Harra und betonte: „Ja, wir sind noch eigenständig! Wir haben viele engagierte Leute in unserem Ort. Diese würden, sobald diese komplette Struktur zerbricht, eben dieses Engagement verlieren. Denn was kann man noch in einem Gemeinderat entscheiden, wenn man zu einer Stadt mit 12 000 Einwohnern gehört?“ Harra hätte vielleicht noch einen Sitz im Stadtrat. Wichtig sei es gerade für die kleinen Kommunen, die in großer Zahl leistungsfähig wären, eben diese bestehenden Strukturen zu erhalten. „Dort wo es sinnvoll ist, machen die Gemeinden schon das, was notwendig ist“, so der junge Mann.